

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/100

Hannover, 1. Dezember 47

Schumann, Thorez oder de Gaulle?

-dt Mit großer Mehrheit hat das französische Abgeordnetenhaus der Regierungsvorlage zum Anti-Streikgesetz seine Zustimmung gegeben. Zusammen mit der gleichzeitig erfolgten Mobilisierung von 80.000 Reservisten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bietet so Frankreich das hysterisch anmutende Bild eines Landes, dessen inneres Gefüge durch einen Streik von fast 2.000.000 Arbeitern einer anarchistischen Auflösung zustrebt. Frankreich gleicht heute einem Hexenkessel, in dem die Not der Nachkriegsjahre, südliche Leidenschaft und kommunistische Partei-Strategie einen Brei kochen, an dem das Land zu ersticken droht. Über dem Brodem, der aus diesem Hexenkessel aufsteigt, steht schamhaft und drehend die Gestalt de Gaulles.

Es wäre falsch, wollte man der französischen Arbeiterschaft allein die Schuld an diesen Zuständen geben. Der Kampf um höhere Löhne hat seine volle Berechtigung. Eine wirtschaftliche Analyse zeigt, wie die Verhältnisse nach einer Korrektur zu Gunsten der Arbeiterschaft geradezu schreiben. In den Nachkriegsjahren hat in Frankreich ein Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen eingesetzt, den die Preise mit vernichtendem Vorsprung gewonnen haben. So ist der Lebensmittelpreis (1938 gleich 100) im Oktober allein von 1187 auf 1309 geklettert. Seit Jahresbeginn sind die Lebensmittelpreise um 55 v.H. gestiegen. Im Vergleich zum letzten Vorkriegsmonat 1939 sind folgende Preiserhöhungen festzustellen: Brot 675 v.H., Milch 1178, Rindfleisch 1412, Kartoffeln 1700, Wein 1500, Butter 1440, Eier 2600, Zucker 950 v.H. Der Steigerung der Lebensmittelpreise um 55 v.H. seit Jahresbeginn steht eine Lohnerhöhung von nur 11 v.H. gegenüber. Das ergibt das ungläubliche Bild, daß die Läden überfüllt sind mit Fleisch, Geflügel und Gemüse, daß das Volk aber hungert. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, diese Entwicklung abzustoppen. Als Blum im Frühjahr die Regierung übernahm, plante er eine einmalige Lohnerhöhung, anschließenden Lohnstopp und progressiven Preisabbau, am Stichtag beginnend mit 5 v.H. Blum ist gescheitert, weil die Kräfte, die aus den hohen Lebensmittelpreisen ungeheure Profite ziehen, in der Hauptsache die Erzeuger und Händler landwirtschaftlicher Produkte, stärker waren als er. Der Versuch Blums, durch Lebensmittelimporte diese Elemente zur Raison zu bringen, mißlang, zum Teil auch wegen des Devisenmangels Frankreichs.

In diesem Stadium tauchte als Silberstreifen der Marshall-Plan auf. Der Mittelstand, der und der langsam chaotisch werdenden Zustände müde, wandte sich in den Gemeindevahlen dem "starken Mann", de Gaulle, zu. Thorez, der Diktator des radikal-kommunistischen Flügels der Gewerkschaften, mit neuen Impulsen aus der Kominform versehen, sah seine Stunde gekommen. Anstatt sich an den runden Tisch zu setzen, machte er den Hunger der Arbeiterschaft zum Hebel, um die französische Demokratie aus den Angeln zu heben und - mit gleichzeitigen und gleich gerichteten Bestrebungen in Italien - dem Marshall-Plan seine europäische Festlandbasis zu nehmen. Nicht die Not des Arbeiters, sondern die Interessen Moskaus meht er, wenn er heute auf die Barrikaden ruft.

Wenn aber die Regierung nur mehr mit autoritären Mitteln der Situation Herr werden kann, ist es dann nicht richtiger, man ruft den Mann, der in diesen Dingen besser Bescheid weiß? Ist Frankreich in dieser Lage nicht besser aufgehoben in der Hand des "starken Mannes"? Darauf gibt es nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte nur eine Antwort: N e i n ! Die demokratische Regierung hat auf die außergewöhnliche Situation mit außergewöhnlichen Mitteln geantwortet, sie bietet dank ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür, daß sie diese undemokratischen Maßnahmen wieder aufhebt, sobald sie die Schlacht um die Demokratie gewonnen hat. Bei de Gaulle ist diese Gewähr nicht gegeben. Einmal am Ruder, wird er, den Verlockungen der Diktatur erliegend, mit umgekehrten Vorzeichen dasselbe erreichen, was Thorez anstrebt: die französische Demokratie zu begraben. Und niemand kann sagen, wo der Weg des französischen Diktators enden würde. Aus diesem Grunde muß es der französischen Regierung gelingen, auch um den Preis autoritärer Maßnahmen, im heutigen Kampf zu siegen. Sie muß freilich mit der gleichen Entschlossenheit daran gehen, die tieferen Gründe des heutigen Chaos, den Hunger im Volk zu beseitigen.

Einheitsstaat - wie gewünscht Das bulgarische Beispiel

(Eig. Ber.) Sofia, Ende Nov.

Nachdem kürzlich die neue Generallinie der bulgarischen Innenpolitik und die Verschmelzung der Regierungsparteien zu einer Einheitspartei verkündet wurde, folgte überraschend schnell die Verschmelzung sämtlicher politischer Jugendorganisationen zu einer einheitlichen Organisation. Sie trägt den Namen "Demokratischer Jugendbund" und setzt den bisher schon bestehenden Bund gleichen Namens fort, der allerdings bisher den politischen Parteiverbänden noch Spielraum gelassen hatte. Ebensovienig wie es fernerhin noch irgendeine parteipolitische Jugendorganisation geben wird, wird es eine solche der Sozialdemokratie geben. Der erst vor wenigen Wochen abgehaltene Kongress der Sozialdemokratie, sofern sie sich innerhalb der Regierungsbewegte, dürfte der letzte seiner Art gewesen sein. Zu der beabsichtigten Verschmelzung der Parteien selbst bildet dieser Vorgang den Auftakt. Unverkennbar sind die jetzigen Maßnahmen die ersten Auswirkungen der Warschauer Beschlüsse, an deren Verwirklichung man hier mit äußerster Beschleunigung arbeitet.

Die Teilung der Erde

Von H.F. Kerneck

Paul Sering, der Verfasser des vielbeachteten und vor allem in sozialistischen Kreisen heftig diskutierten Buches "Jenseits des Kapitalismus" (Nest-Verlag, Lauf bei Nürnberg, 1946) skizziert in einem Artikel "Die Exhumierung der Komintern" ("Tribüne", London, 16.10.47), die Folgen, die sich für die Sozialisten der Weststaaten aus der Gründung der Kominform ergeben, wie folgt: "Kommunistische Unnachgiebigkeit wird auch die Sozialisten zwingen, ihre Arbeit mehr und mehr auf die "Marshall-Sphäre" zu beschränken und als eine fortschrittliche Kraft zu fungieren innerhalb der westlichen Welt, anstatt als ein unabhängiges drittes Wesen zu versuchen zwischen den Mächten von Westen und Osten zu vermitteln". Diese Bedrängnis erschwert vielleicht im Augenblick die Bildung eines dritten, sozialistisch-demokratischen Blockes, schmälert aber nicht die Richtigkeit der Sering'schen Konzeption und auch die Hoffnung, daß sie sich schließlich durchsetzen werde. Wir haben einen Freund Serings gebeten, die Gedanken dieses Buches kurz zu skizzieren.

(Die Redaktion)

I. Historische Parallelen

Die Welt hat schon oft in der Geschichte der Menschheit eine Teilung in verschiedene Interessens-sphären und nach verschiedenen Gesichtspunkten erlebt. Die gewaltigste Zweiteilung freilich brachte erst die Technisierung und Industrialisierung mit sich. Sie schuf neben der Unterscheidung in Produktionsgebiete und Rohstoff-plus Absatzgebiete den Unterschied zwischen Produktionsmittel-Beherrschenden und durch Produktionsmittel beherrschte Schichten. Beruhten die vorhergehenden Teilungen auf philosophischen, religiösen und staatsrechtlichen Erwägungen, so entstand hier eine Trennung der Menschheit nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten. Das liberalistische "freie Spiel" der Kräfte gipfelte in der Herrschaft des Monopolkapitalismus. Damit war eine Wirtschaftsform geschaffen, die nicht mehr den Bedürfnissen der Menschheit diente, die sich im Gegenteil die Menschen als Konsumenten unterwarf und sie den Bedürfnissen des Monopolkapitals unterordnen konnte, wenn immer sie wollte.

II. Die drei Pläne.

Die Sehnsucht der Menschen nach Ordnung führte zu den ersten Versuchen einer Planung. Aus diesen ersten Versuchen kristallisierten sich sehr schnell drei große Möglichkeiten, denen alle anderen zur Zeit bekannten oder möglichen Wirtschaftssysteme untergeordnet werden können.

1. Der Plankapitalismus. Der Plankapitalismus hat zwei Kennzeichen, die auch jeder anderen Planung eigen sind: Der Staat entscheidet über Umfang und Richtung der Investitionen neuen Kapitals. Alle Einzelmaßnahmen der Wirtschaftspolitik werden dieser Entscheidung unterstellt. Das dritte Kennzeichen ist das für diesen Plan typische: Der Profit ist die Triebkraft der plankapitalistischen Wirtschaft! Dieser Plankapitalismus tendiert zur imperialistischen Planung und kann damit

Ausgangspunkt des Planimperialismus und des Planfaschismus werden, wenn immer die Planer, das sind die Monopolkapitalisten und der von diesen durchsetzte und beherrschte Staat, diese Entwicklung für erforderlich halten.

2. Die totalitäre Planung. Noch mehr als im kapitalistischen Plan gelten hier die Entscheidungen des Staats über Ziel und Umfang der Investitionen sowie über Unterordnung der Gesamtwirtschaft unter diese Gesichtspunkte. Aber der totalitäre Plan dient nicht der Profit in erster Linie, er kann verschiedenen Zielen dienen, die von bestimmten zentralen Stellen als wünschenswert erstrebt werden. Er braucht auch nicht den Interessen der Konsumenten zu dienen und tut dies tatsächlich in den meisten Fällen nicht. Der totalitäre Plan bedient sich des Einpartei-Systems und Paul Sering sagt darüber im Hinblick auf Rußland in seinem Buch "Jenseits des Kapitalismus": "Das Einpartei-System ist nicht bloß Waffe zur Verteidigung der neuen Gesellschaft gegen eine feudale oder bürgerliche Konterrevolution, deren Voraussetzungen längst geschwunden sind, - es ist Werkzeug der Staatsmacht für die immer neue Umwälzung der Gesellschaft im Hinblick auf einmal gesetzte und zäh festgehaltene Ziele. Es ist das Werkzeug einer permanenten Revolution von oben, die die aktive Teilnahme der Massen verlangt, doch ihre freie Wahl zwischen Bejahung oder Ablehnung der vorgeschlagenen Maßnahmen ausschließt. Es ist das Werkzeug einer jahrzehntelangen Gewaltanstrengung... in der das Recht des einzelnen nichts, der von oben gesetzte Gesamtzweck alles ist".

3. Sozialistische Planung. Voraussetzung einer echten sozialistischen Planung ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Ihre Durchführung ist nur möglich durch wirksame demokratische Kontrolle von unten. Damit ist gesagt, worin eine sozialistische Planung sich von jeder anderen Planungsart unterscheidet: In der Entziehung des Planapparates aus den Händen einiger Weniger (Einheitsparteilicher oder Monopolkapitalisten). Damit und nur damit ist eine Planung durch das Volk, also auch für das Volk gegeben und die Wirtschaftsform des sozialistischen Staates steht vor uns als das, was sie sein soll: als Dienerin des Menschen.

Die drei möglichen Formen der Planwirtschaft haben sich in fast allen wirtschaftlich entwickelten Ländern ihre Vorkämpfer und Organisationen geschaffen: die Parteien.

III. Innerpolitische Teilung.

Man kann diese Parteien im wesentlichen auf die drei grundsätzlichen Wirtschaftsmöglichkeiten zurückführen: die totalitären Planer, die kapitalistischen Planer, die demokratisch-sozialistischen Planer. Die Anhänger des totalitären und des kapitalistischen Systems und die breite Weltöffentlichkeit bemühen sich, die Chance, die im demokratischen Sozialismus liegt, nicht zu erkennen. Die Gegensätze zwischen West und Ost werden so oft angeführt, ohne daß ein Bindestrich zwischen Geltung haben könnte, daß man wirklich zu der Meinung kommen kann, in dem Aufeinanderprallen der amerikanischen und russischen Welt hätten sich die Möglichkeiten des 20. Jahrhunderts erschöpft.

Bei dieser Kampf zwischen den extremen Planern ist die Plattform

der demokratischen Sozialisten ein gefährdetes Eiland im tobenden Meer. Das Drama wird ganz offensichtlich, wenn wir die drei Systeme mit etwas veränderten aber doch ihr Wesen treffenden Namen nebeneinander schreiben und die Begriffe anerkennen, die je zwei von ihnen gemeinsam haben.

Totalitäre vergesellschaftete Wirtschaft (A), demokratisch vergesellschaftete Wirtschaft (B), demokratisch-kapitalistische Wirtschaft (C).

Wir sehen, A und B haben, genauso wie B und C, zwei wesentliche Begriffe gemein. Das Schlechte an der Sache aber ist, daß A und B genauso wie B und C in ihre zwei nicht gemeinsamen Begriffen einander gegenüber stehen wie Feuer und Wasser. Innenpolitisch ist eine Einigung der Kontrahenten schwierig, teilweise unmöglich. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie, in der die Kommunisten den Erzgegner ihrer totalitären ^{Interessen} Machtansprüche und die Kapitalisten den Erbfeind ihrer Profit erblicken, ist ein Schulbeispiel dafür.

England allein ist auf die Dauer sicher nicht in der Lage, zwischen Rußland und Amerika zu vermitteln. Wohl aber kann die Summe der sozialistischen und demokratischen Länder in der Lage sein, zwischen den totalitären und den kapitalistischen Systemen einen Damm zu bilden. Dieser Damm wird stark sein. Kräfte, die in den einen System dem Profit und in dem anderen der Diktatur zum Opfer fallen, werden in diesen Ländern wirksam sein. Sie so wirksam zu gestalten, daß sie ihre demokratische Anziehungskraft auf die Angehörigen der totalitären Staaten und ihre soziale Anziehungskraft auf die der kapitalistischen Länder ausüben, ist die Aufgabe, die der internationale Sozialismus im 20. Jahrhundert haben kann. Diese Aufgabe ist längst über den Charakter eines Klassenkampfes oder der Eroberung der Macht in einem Staat hinausgewachsen. Es ist die Aufgabe des Weltfriedens schlechthin.

Berliner "Vorwärts" fälscht

Der Berliner "Vorwärts" bringt in seiner Nummer 270 vom 18.11.47 auf Seite 2 eine "Bankrotterklärung". Nicht seinen eigenen Bankrott oder den seiner Sozialistischen Freunde, sondern den Bankrott der SPD glaubt die Zeitung verkünden zu müssen. Die SPD, so behauptet der "Vorwärts", habe in Bremen eine "schanlose Bankrotterklärung" mit folgenden Worten abgegeben (und hier zitliert der "Vorwärts" hinter Doppelpunkten und in Anführungszeichen - also wörtlich!):

"Erst die Einigung der Sieger gibt dem deutschen Volk die Möglichkeit, in allen Zonen Wahlen durchzuführen, auf Grund deren eine zentrale Regierung gebildet werden kann". Vor uns liegt der Wortlaut der Bremer Resolution des Parteivorstandes der SPD. - Die oben angeführte Stelle ist da nirgends enthalten! Wohl heißt es - sowohl text- als auch sinngemäß vollkommen anders als der "Vorwärts" "abdruckt" - in dieser Resolution:

"Erst wenn durch eine Einigung der Sieger dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben ist, in völliger Freiheit unter den gleichen demokratischen Bedingungen und der gleichen Rechtssicherheit in allen Zonen Wahlen durchzuführen, kann eine zentrale Regierung gebil-

det und der Wille des deutschen Volkes verantwortlich und verbindlich kundgetan werden.

Was also hat der "Vorwärts" unterschlagen? Nicht nur einen ganzen Nebensatz, nicht nur den wörtlichen Sinn des Textes, sondern die "völlige Freiheit", die "gleichen Bedingungen" und die "gleiche Rechtssicherheit in allen Zonen"! Selten hat ein Organ der SED mit einer Fälschung so klar gezeigt, worauf es ihm, seiner "Einheitspartei" und den Hintermännern ankommt: Auf die Unterdrückung der Freiheit, der gleichen Bedingungen und der Rechtssicherheit und damit auf die Unterdrückung jeglicher schon Demokratie überhaupt!

Aber nicht nur in den Spalten ihrer Zeitungen---

(b/B40/112/hs)

Die Schuhe der Deutschen

Man berichtet uns:

In dem kleinen Städtchen K. in Sachsen-Anhalt begaben sich die deutschen Schuhmacher zum russischen Kommandanten, um ihm als letzter Instanz eine Bitte vorzutragen. In der Nähe ihrer Stadt befindet sich ein großes Lederlager. Die Schuhmacher haben kein Material mehr, um die notwendigsten Reparaturen auszuführen, sie bitten darum, daß ihnen wenigstens ein kleiner Teil davon für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werde. Der Dolmetscher hat geendet, der russische Major dreht sich zum Fenster und sieht auf die Straße. So steht er zehn Minuten, eine Viertelstunde, zwanzig Minuten - unbeweglich den Rücken der Abordnung zugekehrt. Einer von den Deutschen räuspert sich schließlich diskret, der Dolmetscher beantwortet die fragenden Blicke mit Achselzucken. Da dreht sich der Ortsgewaltige um und läßt erklären: er habe sich inzwischen genau die Deutschen betrachtet, die am Fenster vorbeigingen. Sie hätten alle unzerrissene Schuhe getragen, die Frauen oft kleidsame Holzschuhe mit Oberleder. Nur einige Schuhe seien recht schlecht gewesen, aber noch durchaus zu tragen. In Rußland würde eine gleiche Prüfung ein ganz anderes Bild ergeben haben: die meisten trügen dort heute noch Lappen um die Füße oder viel schlechteres Schuhzeug. Daran sollten die Deutschen, die den Krieg verloren hätten, denken. Von dem Lederlager werde nichts freigegeben.

So bedauerenswert die armen Sowjetbürger sind, die im 30. Jahr nach der Oktober-Revolution noch barfuß laufen, aber war es der Sinn dieses Krieges, Deutschland der Demokratie wiederzugeben oder den Deutschen die Schuhe auszuziehen?